

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 8. Dezember 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Wohnpaarseite 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 142.

Krisis und Arbeitslosigkeit.

IV.*

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit ist im Augenblicke das Nächstliegende, was geschehen muß. Im Artikel III ist angedeutet worden, daß sich hierzu manche Wege bieten, die allerdings mitunter gewisse Schwierigkeiten mit sich führen. Das sind die Notstandsarbeiten. Die andre Art, für vermehrte Beschäftigung zu sorgen, ist die beschleunigte Finanzirung aller momentan nur ausführenden Staats- und städtischen Aufträge. Die nach der Richtung von der Reichsregierung anlässlich der sozialdemokratischen und der Zentrumsinterpellation am 13. und 14. November gegebenen Aufklärungen und Zusicherungen waren jedenfalls das Beste, was an diesen Debatten über die wirtschaftliche Krisis und haben augenscheinlich bei den Behörden draußen im Reich ein Echo gefunden. Nicht allenthalben, wie in der vorigen Nummer dargelegt, wie ja denn immer und überall Außenstellen nicht fehlen. Der größte Bundesstaat scheint in dieser Beziehung einmal mit einem bessern Beispiel als sonst voranzugehen, denn die preussischen Minister des Handels und des Innern haben die ihnen nachgeordneten Behörden angewiesen, schleunigst Vorkehrungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. In erster Linie sollen die staatlichen Betriebe in vollem Umfange aufrecht erhalten werden, sonstige Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen, und zwar auch solche, die noch nicht beschlossen, aber bestimmt in Aussicht genommen sind. Soweit als möglich sollen auch der Industrie Aufträge zugewiesen werden, um auch hier Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhüten.

Die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu empfehlen, wie es Molkenbühr in der Reichstagsrede am 13. November getan, indem er die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs verlangte, der den Neunstundentag bringt, erscheint uns als ein Weg, der nur akademische Bedeutung hat, und zwar mehr noch als der verstaatlichte Arbeitsnachweis sowie die Reichsarbeitslosenversicherung. In der vergangenen Woche hat die Beratung der großen Gewerbeordnungsnovelle im Reichstag es ja wieder klar bewiesen, daß gerade den Forderungen nach gesetzlich herbeigeführter Arbeitszeitverkürzung resp. der Schaffung von gesetzlichen Maximalarbeitszeiten die Industrie den heftigsten Widerstand entgegensetzt (siehe auch unter „Rundschau“ in dieser Nummer). Selbst wenn von den Gewerkschaften in der Arbeitszeitverkürzung so weit vorgearbeitet ist wie z. B. bezüglich der Frauen- und Mädchenarbeit mit dem Neunstundentage, wehrt man sich noch mit Händen und Füßen gegen dessen Festlegung von Gesetzes wegen. Die Gewerkschaften, deren Erfolge in puncto Arbeitszeitverkürzung von uns gewiß nicht unterschätzt werden sollen, müßten darin doch wesentlich weiter gekommen sein, als es jetzt der Fall ist, wenn die Industrie zur Einführung des Neunstundentags gezwungen werden soll durch einen Reichstags- und Bundesratsbeschluss. Wir haben, um mit einer in dem Artikel III gewissermaßen als Autorität erwähnten Persönlichkeit zu sprechen, in diesem Falle eben die Erfahrung vor uns, daß auf dem Wege der Gesetzgebung an wichtigen sozialpolitischen Fortschritten nur erreicht werden kann, was die gewerkschaftlichen Organisationen in langen Jahren und unter opfervollen Kämpfen so weit vorgearbeitet und vorbereitet haben, daß es nur noch der parlamentarischen Festlegung bedarf, um den Bestand durch Gesetzgebung zu sichern. Auch dürfte unserer unmaßgeblichen Meinung nach nicht von gewisser Seite immer wieder betont werden, daß durch die Verringerung der Arbeitszeit die Quantität der Arbeit keine Einbuße erleide. Wir haben zwar nie auf diesem Standpunkte gestanden, weil er in rationell geleiteten Unternehmen eben ein Unding ist, aber oft genug ist diese Lebensart gebraucht worden, um den Unternehmern die Arbeitszeitverkürzung schmackhaft zu machen. Molkenbühr scheint jedoch unserer Auffassung zu sein, denn er meint, durch eine abgekürzte Arbeitszeit trete eine Verminderung der geleisteten Arbeit ein, wodurch wieder für weitere Arbeitskräfte Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werde. Nach 1 1/2 Jahren, wenn wieder eine Besserung auf dem Wirtschaftsmarkt eingetreten sei, würden dann Unternehmer wie Arbeiter von der günstigen Wirkung der jetzt gewissermaßen aus Not eingeführten Maßregel

der Arbeitszeitverkürzung überzeugt sein. Der Abgeordnete Stresemann (Synodus des Verbandes sächsischer Industrieller) hat Molkenbühr mit der peremptorischen Erklärung, daß der Neunstundentag ganz undistutabel sei, aber zugleich einen Vorschlag von der Aufnahme eines solchen Antrags gegeben. Daß die Reichstagsmehrheit diesen von Molkenbühr angebotenen Weg zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gehen und damit zugleich eine große soziale Tat vollbringen würde, ist also ausgeschlossen. Man kann das bedauern, kritisieren und verurteilen, aber es ist leider nur einmal, und deshalb scheidet dieses Mittel wenigstens für unsere Betrachtungen aus.

Der Arbeitsnachweis ist aber eins der Mittel zur systematischen Bekämpfung und in dem Bestreben unter Verminderung der Arbeitslosigkeit. Ein Problem unter vielen andern auf dem Gebiete der Sozialpolitik, aber eins der vornehmlichsten und gerade für die Gewerkschaften wichtigsten. Denn der Ausgleich des vorhandenen Angebots von Arbeitskräften ist gewiß eine diffizile Sache; hier, in der Frage der Arbeitsvermittlung, lassen die Interessengegenstände. Freilich, es braucht das nicht so zu sein. Und bezeichnend wie auch ehrend zugleich ist es für die Gewerkschaften, daß sie mehr und mehr von dem Standpunkt abkommen, in dem Arbeitsnachweis eine Waffe zu erblicken, die man in den eigenen Händen behalten müsse. Wenn man in der „Holzarbeiterzeitung“ am 7. November d. J. den Satz lesen konnte: „Der Arbeitsnachweis muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen soll, aus der Reihe der Kampfmittel ausscheiden. Er soll den Arbeitern zuzugende Arbeit und den Arbeitgeber zuzugende Arbeiter vermitteln. Weiter nichts!“, so kann man diese fortschreitende Gesundung der Anschauungen in den Gewerkschaften über die schwierigsten Fragen nur begrüßen. Den Standpunkt der „Holzarbeiterzeitung“ teilen wir vollkommen. Auf Unternehmenseite bildet aber das genaue Gegenteil der einstigen, immer mehr bei den Arbeitern Platz greifenden Anschauungen über Aufgaben und Bedeutung der Arbeitsnachweise die Regel. Die in München anfangs September abgehaltene Arbeitsnachweiskonferenz der Unternehmerverbände hat mit verblüffender Deutlichkeit gezeigt, daß der erfindungsreiche Scharfmachergeist nicht den Weg des Fortschritts in der Arbeitsnachweiskeit beschreiten will, sondern reaktionärer noch sich gebärdet, als ohnehin schon gerade in dieser Beziehung immer betundet. In München wurde der Grundgedanke der einseitigen Unternehmernachweise mit einem Nachdruck proklamiert, der nicht nur etwas Provokanzierendes an sich hat. Die Regelung der Arbeitsnachweiskeit durch die Arbeitgeberverbände sei eine Angelegenheit von eminenter patriotischer Bedeutung“, erklärte feierlichstens der bekannte Scharfmachergeneralissimus Wend, und die Diskussionsredner, erharteten vor allem die Verpflichtung der Arbeitgeberverbände, die hinsichtlich der Errichtung eigener Nachweise noch im Rückstande blieben, diese Verjümnis schnellstens und unter Verzicht auf die in dieser Hinsicht maßgebenden örtlichen Verhältnisse nachzuholen.“ Das „Hamburger System“ fand noch die „verdiente“ Würdigung, als Vorbild empfohlen zu werden, wozu bemerkt sei, daß die Arbeitgeberverbände auf dem Kreislamp in Hamburg in ganz Deutschland als Maßregelungsbureau gefürchtet und berücksichtigt sind, und daß diese Sorte von Arbeitsnachweisen mit ihren Terrorismusspraktiken nicht nur einmal die Gerichte und auch das Reichsgericht beschäftigt hat. In verschiedenen Fällen ist es auch zur Verurteilung auf Schadenersatz an die verarmten Arbeiter gekommen, weil die inkriminierten Handlungen dieser Arbeitsnachweise als Verstöße gegen die guten Sitten deklarieren wurden. Schlimmer wird die Sache insofern, als diese Unternehmerarbeitsnachweise tatsächlich eine starke Arbeitsvermittlung aufzuweisen haben, was Regierungsrat Dr. Leo, die leitende Stelle des Reichsarbeitsblatt“, in seinen die Arbeitgeberverbände den öffentlichen Arbeitsnachweisen weit voranstellenden Ausführungen dargelegt hat, was natürlich Wasser auf die Scharfmachermühle war. Wenn denn auch so ist, daß die Unternehmernachweise sich einer starken Vermittlungstätigkeit rühmen können, so dürfte Dr. Leo doch nicht so weit gehen, die eventuelle Befähigung dieser Nachweise „eine ganz ungedrehtfertige Schädigung sowohl der Industrie wie der Arbeiter“ zu nennen. Die sowieso nicht auf Rosen getreten kommunalen Arbeitsnachweise sind dadurch nur noch mehr herabgedrückt worden, und den Scharfmachern ist darob der

Kamm: ganz gemaltig geschwollen. Die in München entdeckte neue patriotische Pflicht ist übrigens von einigen Unternehmerverbänden bereits als Verpflichtung befolgt worden. So kann und darf aber die Arbeitsnachweiskeit nicht zur Lösung kommen! Maßregelungsbureau können die Arbeitslosigkeit nicht lindern, eher nur noch weiter verschärfen.

Die Ergebnisse der Arbeitsvermittlung, wie sie z. B. bei den Handlungsgehilfenverbänden mit ihrer eignen Vermittlungstätigkeit vorliegen, beweisen klar die Notwendigkeit einer Änderung. Es bedarf großer Opfer an Zeit und Geld, um nur eine kleine Zahl von Stellenvermittlungen zu bemächtigen. Wenn dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband im Geschäftsjahr 1905/06, also in einer Zeit bester Konjunktur, jede einzelne der vermittelten Stellen eine Ausgabe von 24,90 Mk. verursachte, so steht der Vermittlungserfolg gewiß in gar keinem Verhältnis zu dem Kostenaufwande. Daß in diesem Jahre die Stellenvermittlung in den kaufmännischen Verbänden schlechter als sonst funktioniert, läßt sich denken. So konnte der Verein für Handlungs-Kommis von 1858 in der ersten Hälfte von 1908 nur 17,7 Proz. der angemeldeten Bewerber und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband gar nur 9,56 Proz. unterbringen. Diese Vermittlungsergebnisse der eignen Arbeitsnachweise der kaufmännischen Verbände ist auch um deswillen bemerkenswert, als die Arbeitgeber hier nicht einmal eine solche Aversion gegen die Gehilfenachweise bezeugt wie bei den sich immer mehr verringern den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen.

Als dritte Stufe kommen nach den Unternehmer- und nach den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen die paritätischen. Es ist dabei zu unterscheiden in öffentliche paritätische und sachliche paritätische. Letztere sind ein Produkt der Tarifgemeinschaftspolitik und sind mit der Ausbreitung der Tarifverträge mehr in Aufnahme gekommen. Große Ausdehnung haben sie aber trotzdem noch nicht genommen; wo sie eingeführt, haben sie sich auch meistens gut bewährt, wenn auch, wie selbst bei uns Buchdruckern, ihnen auf beiden Seiten immer noch genug Widerstand erwächst. Das sind die kurzschäftigen und Egoisten, denen erst mit der Zeit ihre Abneigung genommen werden kann. Daß gerade ein paritätischer Arbeitsnachweis den Kriegsfall zwischen den beiden Parteien abgeben kann, hat der Streit im Berliner Glasergewerbe um den Arbeitsnachweis gelehrt. Die Unternehmer fühlten sich durch ihn in ihrem Herrenstandpunkte beengt und ließen lieber den ganzen Tarifbetrag fahren, als in die gemeindliche Unterordnung sich zu fügen. Daß ein von beiden Seiten sich des gleichen Interesses erfreuender und gleichem Verständnis begnender Arbeitsnachweis auch in der Lage ist, einen besseren Ausgleich zu schaffen, kann wohl keinem Zweifel unterliegen. Der Arbeitsnachweis darf aber nie Mittel für politische Parteien oder Interessentengruppen sein. Diese Auffassung und dieses Bewußtsein muß allen Gewerbeangehörigen innewohnen. Daß in Handlungsgehilfenkreisen der Gedanke des paritätischen Arbeitsnachweises bereits aufgeworfen ist, genügt wohl dafür, daß man auf diesem Wege weiter zu kommen denkt als jetzt.

Die öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise finden in Stadtrat Dr. Fleisch (Frankfurt a. M.) und Dr. Freund (Berlin) u. a. besondere Befürworter. Wer den Vorschlag des erstern in Nr. 2 des „Arbeitsmarkt“ (Verbandszeitschrift) liest, muß anerkennen, daß die Sache großartig und auch vom Standpunkte der beiden wirtschaftlichen Faktoren aus weitgehend gedacht ist. Daß die Münchner Arbeitgeberverbandskonferenz davon absolut nichts wissen wollte, versteht sich am Rande. Dr. Fleisch fordert auch die Angliederung der Scharfmachernachweise an die öffentlichen, die er noch mit einer Arbeitslosenversicherung verbinden will, für welche er kommunale Zuschüsse verlangt. Auch andere Einrichtungen sozialer Fürsorge glaubt Dr. Fleisch (ein anderer Referent dieser Zeitung, Stadtrat Glöckmann [Middorf], ebenfalls) mit seinem Projekte vereinigen zu können, wie aus seinem vor drei Wochen auf der V. Arbeitsnachweiskonferenz in Leipzig (vgl. Nr. 134 des „Korr.“) gehaltenen Referate hervorgeht. Eine sehr wichtige und sehr weitgehende Aufgabe stellt er den von ihm gedachten öffentlichen Arbeitsnachweisen, nämlich, daß sie auch Arbeit schaffen. Das könne einerseits durch eine zweckentsprechende Zentralisation, andererseits durch Hinwirken auf Verdrängung dazu geeigneter Arbeiter geschehen. Wenn das zu verwirklichen sein würde,

* Siehe die Artikel III Nr. 139, II Nr. 135 und I Nr. 134.

hätten allerdings die öffentlichen Arbeitsnachweise eine andere Bedeutung als heute, wo sie, wie in der Verbandstagsnummer des „Arbeitsmarkt“ ausgeführt, sich über mangelnde Frequenz seitens der städtischen und staatlichen Behörden beschweren müssen. Worin ohne weiteres den öffentlichen Arbeitsnachweisen ein Vorteil und ein Fortschritt aufgefunden werden muß, ist die Bekämpfung des gewerksmäßigen Stellenvermittlungswesens, der schlimmsten Ausbeutung, die besonders noch im Gastwirtschafts- und Nahrungsmittelbranche und bei den Dienstboten angreift.

Die Zentralisierung des Arbeitsnachweises ist nach der Ansicht vieler ein weiteres bzw. das geeignetste Mittel, neben der Vermittlungstätigkeit die höhere Aufgabe des Ausgleichs der Arbeitskräfte und damit in gewissen Grenzen die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu erfüllen. Die bayerische Regierung wirkt bereits auf die Zentralisierung der kommunalen Arbeitsnachweise hin. In Süddeutschland und auch in Rheinland-Westfalen sowie in Berlin bestehen schon über größere Bezirke sich erstreckende paritätische Arbeitsnachweise. In Sachsen soll auf die Initiative der Regierung hin für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden ein Zentralarbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage errichtet werden. Jetzt bestehen in Dresden und den in Betracht kommenden sieben Kommunalverbänden 175 Arbeitsnachweise, die im Jahre 1906 nur 90 000 Stellen besetzen konnten bei 122 000 Stellenangeboten. Da 130 000 Arbeitsgesuche vorlagen, konnte also 40 000 Arbeiter keine Beschäftigung nachgewiesen werden, obwohl noch 32 000 offene Stellen zu besetzen waren. Daß hieran nur die Zersplitterung schuld und die Arbeitslosen nur die Leibtagegenossen sind, steht außer Zweifel, und darum ist die Idee des Zentralarbeitsnachweises bzw. der öffentlichen unentgeltlichen und paritätischen Arbeitsnachweise eben mehr als eine solche. Das hat die schon erwähnte Arbeitsnachweiskonferenz in Leipzig bewiesen, und das zeigt sich auch bei den Dresdner Arbeitern, deren Organisationen zum größten Teile schon dem Verband zur Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für den Regierungsbezirk Dresden beigetreten sind. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schreibt natürlich Jeter und Nordio ob der von der Regierung und den Gewerkschaften dort begonnenen Frevelkt. Auch Stadtrat Dr. Fleisch tritt im „Arbeitsmarkt“ für eine Zentralisierung des Arbeitsnachweises ein und entwarf in großen Zügen ein Bild von dessen — weitgesteckten — Aufgaben.

Eine noch höhere Form des Arbeitsnachweises strebt der Regierungsrat Dominikus in Straßburg an mit seinem Entwurfe zu einem Reichsgesetz betreffend Arbeitsnachweis, den er der Arbeitsnachweiskonferenz in Leipzig vorlegte, dafür aber nicht einmal bei diesem Auditorium von Fachmännern das richtige Verständnis finden konnte. In allen Gemeinden von 10 000 Einwohnern an sind von den Kommunen verwaltete Arbeitsnachweistellen (Arbeitsämter) auf paritätischer Verwaltung zu errichten. Die gewerksmäßige Stellenvermittlung ist in solchen Orten und Bezirken überhaupt nicht gestattet und in denjenigen ohne Arbeitsnachweis nur, wenn ein behördlich anerkanntes Bedürfnis dazu vorliegt. Für einen größeren Bezirk, Provinz, Bundesstaat, wird ein Arbeitsnachweisverband gegründet, denen ein Reichsarbeitsamt als Zentraleitung übergeordnet ist. Bei der schon mehrfach erwähnten Interpellation über die Maßnahmen gegen die Folgen der wirtschaftlichen Krisis im Reichstage (13. und 14. November) forderte die sozialdemokratische Partei ebenfalls eine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, und zwar, wie der Abg. Severing erklärte, „nicht lediglich wegen der Zentralisation, sondern auch, um den Arbeitsnachweis zu neutralisieren“. Eine sehr bemerkenswerte, aber sicher vollauf berechtigte Forderung, die ja auch die „Holzarbeiterzeitung“ erhebt, um den Arbeitsnachweis seiner Eigenschaft als Kampfmittel für die Unternehmer zu entkleiden. Die Antwort der Reichsregierung durch den Mund von Bethmann-Hollweg lautete in diesem Falle zwar nicht direkt ablehnend, aber doch so nichts sagend, daß auch hier vom Reiche auf unabsehbare Zeit nichts zu erwarten ist.

Die Arbeiterschaft aber wird sich gerade in der so bedeutsamen, wie andererseits keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bietenden Arbeitsnachweisfrage nicht mit den bekannten Einwänden abspielen lassen. Sie muß allenthalten den Anstoß zu positiver Arbeit auf diesem Gebiete geben, damit bei der nächsten Wiederkehr einer wirtschaftlichen Krisis — die Wiederholungen scheinen in immer kürzeren Zwischenräumen zu erfolgen — wenigstens das zur Tat geworden ist, was man in Bayern und in Dresden jetzt zu unternehmen im Begriffe steht. Der auf diese Weise zu schaffende Ausgleich ist geeignet, die Arbeitslosen zu vermindern, die Maßregelungsbureaus (Unternehmensnachweise) sind befähigt, der Vermittlung zu tarifmäßigen Löhnen ist eine größere Möglichkeit gegeben, die Frage der ausländischen Arbeiter kann so zur besseren Lösung gebracht und mancher anderer sozialer Fortschritt dadurch mit erreicht werden.

Korrespondenzen.

Insbad. In der am 10. November abgehaltenen Versammlung hatten wir Gelegenheit, den Gausvorsteher Seitz in unser Mitte begriffen zu können. Zunächst wurde der Antrag: „Ist das „Korr.“-Obligatorium beizubehalten?, gegen eine Stimme angenommen. Hierauf erstattete Kollege Seitz in eindringlichstem Vortrag Bericht über die abgehaltene Tarifauschüßung und die Gausvorsteherkonferenz. Zum Schluß seiner sachlichen und belehrenden Ausführungen wurde ihm reichlicher Beifall

zuteil sowie seitens des Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. In der folgenden Diskussion wurde auch der Fall Kerpäufer kontra „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ besprochen. Nachdem noch über „Gewerkschaftliches“ einige aufklärende Worte seitens des Gausvorstehers gesprochen wurden und einige interne Angelegenheiten erledigt waren, nahm die von zwei Drittel der Mitglieder besetzte Versammlung ihr Ende.

Wschaffenburg. Durch die in der letzten Zeit vorgekommenen unangenehmen Ereignisse im hiesigen Ortsvereine sind wir gezwungen, mehr wie sonst die Spalten des „Korr.“ in Anspruch zu nehmen. Am 21. November hielt der Verein bei einem annehmbaren Besuche seine ordentliche Monatsversammlung ab, die trotz einer umfangreichen Tagesordnung einen ziemlich glatten Verlauf nahm. Wir wollen nur das Wichtigste herausgreifen. Unter „Geschäftliches“ wurden Fragebogen behandelt, welche das hiesige Gewerkschaftskartell an sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften ausgegeben hatte zwecks Bestellung der in Würzburg seit dem 1. Oktober erscheinenden neuen Arbeiterpresse „Der Volksfreund“. Diefelben waren derartig abgefaßt und enthielten Fragen, daß man sich zur Ausfüllung und Beantwortung nicht entschließen konnte, weshalb diese Fragebogen fast einstimmig zurückgewiesen wurden. Der nächste Punkt behandelte den Vorfal „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ kontra Kerpäufer. Ferner brachte die Tagesordnung nochmals Nachträge zur hiesigen Gewerkschaftsversammlung und die Handlungsweise der christlichen Gewerkschaften sowie des Untereisenbundes. Diese Angelegenheit wird den meisten Kollegen durch die zwei letzten Notizen im „Korr.“ im Gedächtnis sein und erübrigt sich deshalb ein näheres Eingehen darauf. Es soll nur noch gesagt werden, daß das Vorgehen des Untereisenbundes und der christlichen Gewerkschaften all-gemeine Verurteilung erfährt. Geradezu lächerlich sei die verschiedene Berichterstattung der christlichen Gewerkschaftsblätter über den Wschaffenburg „Terrorismusfall“: Der „Arbeiter“, Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, läßt erst seine Weisheit über die Neutralität des Verbandes fließen und führt sodann diesen Fall an. Wenn betreffende Redaktion resp. Korrespondenz den „Korr.“ hätte richtig lesen können, so müßte sie statt „Sffenburg“, Wschaffenburg“ gelesen haben — aber leider. Sodann gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß die Weihnachtsfeier des hiesigen Ortsvereins am 19. Dezember im Vereinslokal abgehalten werde.

Berlin. In der Kaffeler Buchdrucker-Versammlung, die sich mit der Stellungnahme zur „Korr.“-Reaktion befaßt, hat der Reichstagsabgeordnete, Kollege Scheidemann, nach dem „Korr.“ u. a. gesagt: „... daß damals, als im „Vorwärts“-Betriebe Seymaschinen aufgestellt werden sollten, das Segepersonal geäußert habe, gegen die Aufstellung hätten sie resp. Liebe sich nichts einwenden, es dürfe aber damit nicht mehr geleistet werden wie im Handfasse.“ Kollege Scheidemann hat recht. Das Personal hat diese Bedingung gestellt und die Geschäftsleitung ist auch bereitwillig darauf eingegangen. Die Geschäftsleitung hat ferner bestimmt, daß derjenige, der sein Handsegerquantum geleistet habe, nach Hause gehen könne. Außerdem erhielt jeder Maschinenseher, der unter dem Handsegerminimum blieb, eine Prämie. „Nur keine Überanstrengung, meine Herren, das haben Sie in unsern Betrieben nicht notwendig!“ Damit dieses Handsegerquantum auch innegehalten und nicht etwa überschritten werde, wurde eine scharfe Kontrolle eingeführt, über die im „Korr.“ später so furchtbar gegetzt wurde. Das war natürlich höchst unrecht vom „Korr.“. Also, Kollege Scheidemann hat — recht! R. Muffal.

Berlin. (Notationsmaschinenmeister.) In der Versammlung vom 22. November machte der Vorsitzende bekannt, daß die neuen Quittungsblätter nebst Statut fertiggestellt seien und beim Passieren in Empfang genommen werden können. Er konnte ferner den Mitgliedern die angenehme Mitteilung machen, daß infolge der überaus günstigen Entwicklung des Vereins von der Erhebung eines zur Deckung der Druckkosten und sonstigen ersten Anschaffungen vorgesehenen Extrabeitrags Abstand genommen werden könne. Mit dem Vorschlage des Vorstandes, für dieses Jahr von der Feier eines Stiftungsfestes abzusehen, erklärte sich die Versammlung einverstanden, daselbe soll, dem Zeitpunkt des Bestehens der Selbstständigkeit des Vereins entsprechend, im Juli oder August als Sommerfest gefeiert werden.

Berlin. (Generalversammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins am 25. November.) Die Berliner Stempelschneider sind, wie der „Korr.“ bereits in einem Artikel bekannt gegeben hat, Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker geworden, sie werden aber nicht als besondere Sparte geführt. Der Metallarbeiterverband, dem die größte Hälfte der Stempelschneider bisher angehörte, hat es nicht gern gesehen, daß er diese Mitglieder verlor. Die Stempelschneider rechnen sich aber nicht zu den Metallarbeitern, sondern zum graphischen Gewerbe. Bis zum 1. November sollten die provisorisch festgelegten Gießpreise an den Schnellgießmaschinen geltend haben, es ist aber über diesen Termin hinausgegangen worden, da ein abschließendes Urteil über die Leistungsfähigkeit immer noch nicht abgegeben werden kann, und steht man heute noch auf demselben Standpunkte wie in der vorigen Versammlung, wo die Leistungen bei Korpusregel nicht als genügend angesehen wurden. Eine Umfrage in anderen Städten hat dasselbe Resultat ergeben wie hier, die Maschine ist leistungsfähig für kleinere Regel bis auf Petri, bei Korpus hört die Leistungsfähigkeit auf; bei schneller Gangart der Maschine werden

die Buchstaben höhl und porös, und doch besteht man prinzipalseitig darauf, daß auch der Korpusregel schneller gegossen werde. Bis jetzt haben die Schriftgießereien immer darauf gehalten, daß sich ihre Erzeugnisse vor denen der Seymaschinen durch bessere Qualität auszeichneten, und den Schriftgießereisen war es ein Leichtes, an dem vorgelegenen Materiale dies nachzuweisen; es wäre zu wünschen, daß die Gießereien hieran festhalten und nicht darauf hinarbeiten, daß die Menge die Güte ersehe. Eine Einigung über den Preis für Korpus ist noch nicht erzielt; der Prinzipal glaubt, es fehle an dem guten Willen der Gehilfen. An dem guten Willen fehlt es nicht. Aber für den angebotenen Preis kann kein brauchbarer Buchstabe geliefert werden. Wiederholt haben sich die Schriftgießerversammlungen mit der Monotype beschäftigt und dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß den Gießern die Plätze an den Gießapparaten eingeräumt werden; es sind aber nicht nur Gieser, sondern auch Buchdrucker ausgebildet worden, und zwar mehr, als den Gießern lieb ist. Die gegenwärtige Depression im Gewerbe bewirkt nun aber auch, daß der Absatz von Monotypemaschinen nicht so konstant geht, daß die ausgebildeten Mannschaften Stellen erhalten können. Es ist bereits ein Überfluß von Kräften vorhanden, es werden keine Anmeldeungen behufs Erlernung der Maschine angenommen; für unse überflüssigen Arbeitskräfte wieder eine Aussicht weniger, ein Unterkommen zu finden. Der diesmalige halbjährliche Kasernenabschluß weist die Summe von 1584 Mfl. für Arbeitslosenunterstützung auf, so daß ein Defizit von 337 Mfl. entstanden ist. Bei den geringen Unterstützungsätzen und in Anbetracht, daß ein Teil (fast alle Messinglinienarbeiter) ausgebeuert ist, kann auf 4000 Tage Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Für die Schriftgießereivaliden und -mitwen wurde zur Weihnachtsunterstützung pro Mann 1 Mfl. gesteuert.

Dortmund. Die letzte Bezirksmaschinenmeister-Versammlung fand am 22. November in Lina statt. Anwesend waren 19 Kollegen. Es wurde bekannt gegeben, daß nunmehr der Farbenmischkursus Anfang Januar in der Handwerker-Schule zu Dortmund begonnen wird. Hierauf hielt Kollege Schirbawahn ein Referat über die Herstellung moderner Druckmaschinen auf Ziegel- und Kupferpressen, welches sehr beifällig aufgenommen wurde. Unter „Verschiedenes“ bemerkte der Vorsitzende Uhorn, daß immer noch zu wenig Referenten für unsere gute Sache zu haben sind.

Erlangen. In der am 29. November im „Schwarzen Bären“ abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Gausvorsteher Seitz über die Beschlüsse der Tarifauschüßung sowie über die Gausvorsteherkonferenz in sehr eingehender Weise und fand allgemeinen Beifall. **Z. Bezirk Essen (Ruhr).** (Vereinigung der Schriftgießer, Stereotypisten und Gattungsplastiker.) Die am 22. November im Vereinslokal abgehaltene Versammlung war leider schwach besucht. Der Vorsitzende W. Köhler teilte unter „Geschäftliches“ mit, daß die nächste Quartalsversammlung der Gausvereinigung am 17. Januar 1909 in Essen abgehalten wird und hat um zahlreichen Besuch derselben. Ferner erfuhr der Vorsitzende die Kollegen, bei Konditionsangeboten ja erst Erkundigungen bei den Funktionären einzuziehen, da sonst im Nichtbeachtungsfalle die Kollegen die Konsequenzen selbst zu tragen hätten. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Nunmehr hielt Kollege Köhler einen aufklärenden Vortrag über das Thema: „Welche Aufgaben haben die Spezialorganisationen innerhalb des Verbandes?“ wofür ihm gebührender Beifall gezollt wurde. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht.

A. M. Freiburg i. Br. Am 21. und 22. November beging der hiesige Maschinenmeisterklub sein zehn-jähriges Stiftungsfest und veranstaltete zu diesem Zweck am Samstag abend im Saale der „Brauerei Neumeyer“ einen Festkommers, bei welchem der Gesangsverein Typographia mitwirkte. Der Vorsitzende des Klubs hieß die Erschienenen herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck über das zahlreiche Erscheinen auch der Kollegen vom Kaffen. Vom Gausvorstande war ein Glückwunschschreiben eingelaufen; Kollege F. Müller überbrachte die Wünsche und Grüße des Bezirksvorsitzenden, dem sich der Vorsitzende der Maschinensegervereinigung, des Klubs der Stereotypisten sowie der Typographischen Vereinigung angeschlossen. Die Festrede hielt ein Mitglied und Mitbegründer des Klubs, Kollege Wachsman (Parlsruh) festelte durch ein beifällig aufgenommenes Referat die Anwesenden. Es waren fröhliche Stunden, die man im Kollegenkreise, gewürzt durch Musik, Gesang und Vorträge des Kollegen Strauß, verbrachte. Glückwunschschreiben liefen ein von den Maschinenmeistervereinen Berlin, Leipzig, München, Stuttgart, Mannheim, Nürnberg, Reutlingen, Tübingen, Ludwigsburg, Jena, Saalfeld, Rudolfsstadt, Koburg, Hildburghausen, Kempten sowie von unsern früheren Schiffsführer Schlotter. Die Kollegen Haas und Pachel eilten aus der Schweiz herbei, um als frühere Angehörige des Klubs an dessen Ehrentage teilzunehmen. Erst die frühen Morgenstunden trennten die Festgäste. Am Sonntag vormittag tagte in der „Brauerei Herr“ eine Kartellkonferenz der Maschinenmeistervereine der Gaus Elsaß-Lothringen und Oberhein, zu welcher Vertreter aus Straßburg, Metz, Hildburghausen, Karlsruhe, Bahr und Konstanz sowie Freiburg erschienen waren. Kollege Wachsman als Vorsitzender des Kartells eröffnete die Konferenz und verlas die Tagesordnung. Die Situationsberichte der einzelnen Orte werden den betreffenden Maschinenmeisterverbänden Gelegenheit geben, tüchtig einzugreifen, um die noch vor-

handenen Mißstände zu beseitigen. Bei der Besprechung über die Statistik wurde die lästige Behandlung und Einreichung der Fragebogen bemängelt. Die Frage der „Zentralkommission“ zeitigte eine längere Aussprache, und sollen Schritte in die Wege geleitet werden, um so bald als möglich über diese gerabzu brennend gewordene Frage hinwegzukommen. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, dem Kollegen Schaffer (Leipzig) den verdienten Dank für seine der Maschinenmeisterparte von jeher bewiesene unermüdete Arbeit auszusprechen. Als Vorort des Kartells wurde wiederum Karlsruhe bestimmt. Nach vierstündiger Tagung schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband. Als Vertreter des Gewerbestandes von Oßatz-Bohringen war der Kollege Gärtner (Straßburg) anwesend, als Vertreter des Gewerks Oberherr Kollege Lindenlaub, welche beide sich an den Debatten mehrmals beteiligten. Gemeinschaftliche Mittagstafel sowie ein Rundgang durch die Stadt hielten die auswärtigen Gäste noch zusammen, bis auch sie sich nach Beteiligung an der gemüthlichen Zusammenkunft des Maschinenmeisterklubs wieder von dem gastlichen Freiburg trennten, während die Freiburger Kollegen noch beim Versteinsaft über die schön verlaufene Feier sich unterhielten. Eine geplante Druckausstellung mußte wegen Mangel an Zeit unterbleiben, trotzdem besten Dank den Firmen Angerer & Gössel (Wien), Brudmann (München), Meissenbach, Riffarth & Co. (Berlin) und Scheller & Giesede (Leipzig) für freundliche Überlassung der geeigneten Druckmaschinen.

Präsidentenrat. Am 22. November tagte dahier die Herbstversammlung des Bezirksvereins Oberer Schwarzwald. Dieser war wohl infolge der schlechten Witterung und der außergentralen Lage des Orts nur zu 50 Proz., jedoch aus allen Druckerorten des Bezirks, und außerdem noch von Kollegen aus Willingen, Sulz und Horb besucht. Eine eigens hierzu arrangierte Druckausstellung wurde vormittags einer eingehenden Besichtigung unterzogen und erregte allgemeines Interesse. Neben sehr guten, seltenen Dreifarbenbrüden der Firma Förster & Horris in Zwidau waren es anschauliche Arbeiten der Münchner Fachschule und die diesjährigen Johannisfestdrucke, die das Interesse der Kollegen auf sich vereinigte. (Eine erläuternde Besprechung der Drucke von berufener Seite wäre von Vorteil gewesen.) Gegen 3 Uhr nachmittags wurde die Versammlung vom Bezirksvorsitzenden Baumann mit kurzen Begrüßungsworten eröffnet. Die Erledigung der Tagesordnung wurde mit Interesse verfolgt und bildete den Hauptpunkt derselben ein Referat vom zweiten Gewerksalter Klein über „Gewerkschaftliche Aufgaben für die Winterabende“. In leichtverständlichen Worten gab der Redner seinen Zuhörern Anweisung zur Übung und Pflege: der notwendigen Kollegialität und Solidarität, des guten Willens, der Klugheit, der ärmlichen Kollegen gegenüber (zum Zweck der Erleichterung des Arbeitens und Sicherung der Existenz), für die in heutiger Zeit erforderliche Ausbildung in allen technischen Fragen und Bereicherung des Wissens nach allen Richtungen und besonders der gemeinschaftlichen Arbeit. In sehr ernsten Worten besprach der Referent das Verhalten des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber dem „Rohr“-Redakteur Rehfäuser. Als Ort der nächsten Johannisfeier wurde Schramberg bestimmt. Weiter wurde beschlossen, die Bezirksversammlungen halbjährlich abzuhalten, mit dem ausdrücklichen Wunsche der Erörterung gemeinschaftlicher und technischer Fragen. Als Reisekostenentfaltung aus der Bezirkskasse wurden von der Versammlung 40 Proz. genehmigt. Dem Kollegen Brandt aus Schramberg sei für seine gebotenen Beispiele im Tonplattenchnitt usw. der Dank ausgesprochen.

Goslar a. Harz. Monatsversammlung. Seitdem hier zwei Zeitungsbetriebe neu eröffnet sind, ist eine erfreuliche Zunahme von Mitgliedern zu verzeichnen. Aber auch die „unerbetenen Gäste“ in Gestalt von drei Segmaschinen hielten in unseren Mauern ihren Einzug. Da in letzter Zeit der Versammlungsbuch viel zu wünschen übrig ließ, so sah man sich genötigt, das Ortsvereinsstatut zu ändern, um in Zukunft eine bessere Beschlußfähigkeit zu ermöglichen. Leider mußte man zu solchen Mitteln schreiten, was auf das Konto der gewohnheitsmäßigen Versammlungsschwänzer zu setzen ist. Weiter beschäftigte man sich mit dem „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“ kontra Rehfäuser. Aus dem Gewerkschaftskartell wurde berichtet, daß einmal wöchentlich der zweite Arbeitsekretär aus Braunschweig hier Sprechtische abhalten soll. Dieses Angebot fand beifällige Aufnahme, und man wünschte, daß dieser Plan zur Tat werde, da gerade hier ein solches Bedürfnis vorhanden sei. Zu erwähnen sei noch, daß in der letzten Bezirksversammlung (Gibbsheim) beschlossen wurde, das nächstjährige Bezirksjohannisfest in Goslar abzuhalten. Um den kollegialen Verkehr zu heben, wurde noch die Abhaltung eines Kränzchens im Februar beschlossen.

Großsch-Regau. Um seinen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich auch technisch weiter auszubilden, veranstaltete der Ortsverein am 8. November eine Druckmaschinenausstellung. Das Material hierzu, 30 Tafeln älterer und neuerer Maschinen, hatte in bereitwilligster Weise Herr Redakteur Gustav Röniger („Deutscher Buch- und Steinbrucker“) zur Verfügung gestellt. Zudem jedesmal einer älteren eine moderne Maschine gegenüberstand, war es möglich, vorteilhafte Vergleiche anzustellen. Kollege G. Cardt hatte in einem Referate die nötigen Erläuterungen hierzu übernommen. — Zu seiner am 28. November abgehaltenen Monatsversammlung hatte der Ortsverein unsern Redakteur Rehfäuser zu einem Vortrage gewonnen. Nach Begrüßung der Kollegen, ins-

besondere des Kollegen Rehfäuser, erledigte die Versammlung erst die Tagesordnungspunkte. Bei der Besprechung der Angelegenheit Fischer-Rehfäuser wurde unter Hinweis auf die Gewerkschaftskonferenz von einer Resolution abgesehen und der Redaktion des „Rohr.“ das weitere Vertrauen ausgesprochen. Mittlerweile waren die Kollegen von Luda erschienen, welche zu dieser Versammlung eingeladen waren. Nach Erledigung der Tagesordnung erhielt Kollege Rehfäuser das Wort zu seinem Vortrage: „Zur gegenwärtigen Lage im Verband und auf dem Tarifgebiet“. In eingehaltendiger, wohlbedachter Rede mußte Kollege Rehfäuser die Zuhörer aufs höchste zu fesseln. Leider war die Zeit schon zu weit vorgeschritten, daß Kollege Rehfäuser bereits wieder abdampfen mußte. In der anschließenden Diskussion wurde dies allseitig lebhaft bedauert. Hoffentlich ist dies für die Kollegen eine Mahnung, bei derartigen Versammlungen pünktlich zu erscheinen, damit zur festgesetzten Stunde angefangen werden kann. In der Diskussion über den Vortrag Rehfäusers wurde nachmalig seitens der Kollegen hervorgehoben, daß derselbe für sie eine reiche Belehrung gewesen sei und wurden Einwendungen gegen denselben nicht gemacht. Nachdem noch beschloffen worden, ein Weihnachtsgewinn abzuhalten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

M. Sander. Das „Samburger Fremdenblatt“, G. m. b. H., kam in diesem Jahr auf ein 100jähriges Bestehen der Druckerei und das 30jährige Erscheinen des Blattes zurückzuführen. Das Blatt mußte, ehe es zu seiner jetzigen Größe und Bedeutung gelangte, viele Wandlungen durchmachen und mancher Sorgenstein mußte fortgeräumt werden. Die letzten 25 Jahre brachten dem Blatte rasche Fortschritte. Noch im Jahre 1884, als der damalige Neubau bezogen wurde, genüßten zum Grunde zwei vierseitige Rotationsmaschinen und heute dienen fünf sechsseitige, zwei achtsseitige und drei vierseitige Rotationsmaschinen demselben. Das Saperpersonal war etwa 15 Köpfe stark, heute sind etwa 125 und außerdem noch 15 Segmaschinen in Tätigkeit. Lange schon waren die Räume zu klein und den Ansprüchen in gesundheitlicher Beziehung in keiner Weise gemessen. Erst dem tatkräftigen Eingreifen unsers jetzigen Chefs, des Herrn A. Brosche, gelang es, durch Hinzuziehung eines Nebengrundstücks einen Plan zur Reize zu bringen, durch den nicht nur über das Doppelte an Raum, sondern vor allem Dinge gute Licht- und Gesundheitsverhältnisse geschaffen wurden. Außer sehr praktischen Wascheinrichtungen sind auch Wannen- und Brausebäder geschaffen; alle diese Räume sind mit Heiß- und Kaltwasserleitung versehen. Zur Stromerzeugung für Licht und Kraft sind zwei Dynamo vorhanden, die durch zwei je 150pferdige Dampfmaschinen getrieben werden. Die Verbesserung der Manuskripte erfolgt durch eine Hochpost. Elektrische Anlagen sind an allen Stellen vorhanden. Nur das Ganze nur zu einem würdigen Abschlusse zu bringen, hatte der Verlag am 29. November das ganze Personal nach der „Erfolgung“ entbieten. In Wort und Lied wurde der Vergangenheit und Zukunft gedacht, und nur zu schnell vernarrt beim Becherklang die Zeit. Aus Anlaß des Tags hat der Verlag jeden Angestellten mit einem doppelten Wochenlohn bedacht, die Ferien verbessert und ein Kapital von 50000 Mk. gestiftet, dessen Zinsen zu Unterstützungszwecken verwendet werden sollen. Die Satzungen sollen demnächst unter Hinzuziehung von Angestellten beraten werden. Möge dem Verlag und den Angestellten dieser neue Abschnitt in der Geschichte des „Samburger-Fremdenblatt“ eine Quelle des Segens werden. Vivat, floreat, crescat!

Leer (Ostfriesland). Zweites Aufklärung der Kollegen in tariflicher Beziehung hat die am 8. November abgehaltene Vertrauensmännerkonferenz beschlossen, den Kollegen Jakob Schmidt (Weimen) zu Vorträgen in den Orten Emden, Leer, Norden und Aurich zu gewinnen. Am 29. November war nun den Mitgliedern unseres Ortsvereins die Möglichkeit gegeben, sich in diese Materie zu vertiefen. Trotzdem die am Orte befindlichen Nichtverwandter zu diesem Vortrage eingeladen waren, erschien nur einer. Nach Eröffnung der vollzählig besuchten Versammlung durch den Vorsitzenden, nahm Kollege Schmidt das Wort zu seinem Vortrage: „Tarifschiedsgericht und Arbeitsnachweis“. Redner verstand es trefflich, uns in seinem fast zweistündigen Vortrage die Vorteile dieser beiden Einrichtungen für die Gehilfen sowohl als auch für die Prinzipale ins rechte Licht zu setzen. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte der Vortragende die Kollegen, sich ja mit dem Tarif und Kommentar vertraut zu machen, damit sie auch gegebenenfalls hiervon den rechten Gebrauch machen können. Nachdem er sodann in der sich anschließenden Aussprache die gestellten Anfragen erläutert hatte, schloß der Vorsitzende Kromminger, dem Referenten sowie auch zugleich dem Gewerksamt für die stete Bereitwilligkeit, wenn es gilt, die Durchbildung der Mitglieder des Bezirks Ostfriesland zu fördern, den Dank der Versammlung auszusprechen, mit einem brausend aufgenommenem Hoch auf unsern Verband die anregend verlaufene Versammlung.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Zur letzten Versammlung in dem zur Rüste gehenden Vereinsjahre hatten sich Leipzigs Druckerkollegen in starker Anzahl (etwa 900) im „Schloßfelde“ eingefunden. In Kommissionsberichte wurden einige Erfolge gegen das Überstundenverbot erwähnt. In verschiedenen Druckerorten wird es aber wohl zur Klage vor dem Schiedsgericht kommen, denn in diesen bildet die regelmäßige Arbeitszeit direkt das Ausnahmeverhältnis. Bei derartig wirtschaftlichem Zustande, wie es bei der diesmaligen Krise der Fall, müssen

eben alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den mochten- und monatelang konditionslos bleibenden Kollegen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Das Tarifschiedsgericht sprach einstimmig einen Kollegen die Maßregelung zu. Der Betroffene war zu Unrecht kündigungslos entlassen und hatte das Fortbleiben der Offizinskollegen keinen Erfolg; hoffentlich ist der Ausgang dieser Angelegenheit dem Leiter des Maschinenbaus eine Lehre, denn auch verschiedene andre Verhältnisse sind seit dessen Eintritt in die Druckerei alles andre, nur keine guten geworden. Ferner machte der Vorsitzende die Kollegen auch auf unsre Bezahlungsverhältnisse aufmerksam, denn ein großes Interesse bestehe für uns, den gewerblichen Nachwuchs zu tüchtigen Buchdruckern herangebildet zu sehen. Da, wo Mißstände vorliegen, solle man einwandfreies Material der Kommission zugehen lassen. Für das Winterhalbjahr hat die Kommission die Abfertigung eines Apparaturus abzuhalten, und sind die Vorarbeiten schon zum Teil erledigt. Ein Beweis der Notwendigkeit eines solchen Kurus ist in der Anmeldung von über 300 Kollegen zu erblicken. Auch zu der sich direkt zu einer Skalinität auswachsenden Situation bezüglich unsrer Zentralkommission wurden verschiedene Vorschläge gegeben. Unsern Konditionslosen soll auch dieses Jahr wieder ein Weihnachtsgeschenk zuteil werden: Ledige erhalten 3 Mk., Verheiratete 5 Mk. und Fwvabite 10 Mk. Die Auszahlung erfolgt nach denselben Bedingungen wie beim Gewerksamt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils interpretierte Kollege Otto Mylau zwei Werte von Wilhelm Busch: „Maler Kleckse“ und „Juden“, zu denen Herr Klein die humorvollen Illustrationen als Lichtbilder projizierte. Letzgenannten Herrn war vom Verlage Schauenburg ebenfalls ein Wert: „Der heilige Antonius von Padua“, zur Vorführung überlassen worden, und lösten die Berlin Buschigen Humors Heiterkeitsstürme aus.

Lübeck. Außerordentliche Generalversammlung am 28. November. Nachdem der diesjährige Gantag des Gewerks Mecklenburg-Lübeck die Einführung eines Ganzjahreslohnunterstützung beschlossen, hatte eine frühere Generalversammlung der Unterstützungskasse für Buchdrucker in Lübeck einer Auflösung dieser Kasse und Überweisung ihrer gesamten Fonds an den Buchdruckerverein zugestimmt mit der Maßgabe, daß letzterer Verein alle Verbindlichkeiten der aufgelösten Kasse übernimmt. Die außerordentliche Generalversammlung hatte sich nunmehr mit der endgültigen Beschlußfassung über das neue Statut des Buchdruckervereins in Lübeck zu befassen und wurde daselbe einstimmig angenommen. Mit dem 29. Dezember hat also die im Jahre 1890 gegründete Unterstützungskasse für Buchdrucker in Lübeck aufgehört zu existieren. Weiter wurde vom Vorsitzenden auf den am 1. Januar 1900 in Kraft tretenden Sozialvertrag von 15 Proz. (bisher 12 1/2 Proz.) hingewiesen. Bezüglich der Angelegenheit Rehfäuser war die Meinung vorherrschend, daß es sich durch den Ausgang, den diese Affäre durch die Gewerkschaftskonferenz genommen hat, wohl erübrige, hierzu noch Stellung zu nehmen. Auch mit der Neuregelung des Beerdigungswesens verstorbenen Kollegen beschäftigte sich die Versammlung. Durch die Eröffnung eines weit vor dem Loren Lübeck gelegenen neuen Friedhofs gehen mit der Teilnahme an einer Beerdigung oft mehrere Stunden verloren, und haben daher die Prinzipale die früher bereitwillig erteilte Erlaubnis immer mehr eingeschränkt oder aber den betreffenden Kollegen die veräumte Zeit in Abzug gebracht. Um nun eine unsers Ortsvereins würdige Beteiligung herbeizuführen, wurde beschloffen, daß jede Druckerei 20 Proz. der zur Zeit der Beerdigung beschäftigten Kollegen zum Trauergelde zu stellen hat. Mit der Vorbereitung der Feier des 60jährigen Stiftungsfestes im Jahre 1900 wurde eine Kommission beauftragt. — In weitem Besolge eines vom Kollegen Trenkler (Gamburg) am 15. November hier gehaltenen Vortrages, verbunden mit einer Ausstellung zahlreicher Skizzen und Ergebnisse verschiedener Preisausschreiben, konstituierte sich am letzten Sonntag auch hier eine Typographische Vereinigung, zu welcher durch Unterschrift 75 Kollegen ihren Beitritt erklärten.

Ludwigshafen a. Rh. Der hiesige Ortsverein nahm in seiner letzten Mitgliederversammlung Stellung zu der Angelegenheit Fischer-Rehfäuser. Nach Entgegennahme geschäftlicher Mitteilungen hielt Kollege R. Hammer einen einständigen Vortrag über „Arbeit und Kultur“. Die sehr interessanten Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. An den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an. Hierauf wurde beschloffen, am 12. Dezember einen Herrenabend und im Februar nächsten Jahres eine Gastnachtsunterhaltung abzuhalten. Sodann nahm die Versammlung den Kartellbericht des Vorsitzenden G. Gerisch entgegen. Unter „Verschiedenes“ wurde der Versammlung ein Streitfall von den Kollegen eines Gewerks unterbreitet, welcher zu scharfen Auseinandersetzungen unter den Beteiligten führte und schließlich der Versammlung ein unglückliches Ende bereite. Wir wollen hoffen, daß unsre Versammlung in Zukunft wieder einen ruhigeren Verlauf nehmen wie die beiden letzten.

Magdeburg. (Berichtigung.) In Nr. 189 des „Rohr.“ befindet sich der Bericht des letzten Vierteljahrs von der Maschinensegervereinigung Gau an der Saale und im Anschlusse daran ein Versammlungsbericht des Vorortvereins Magdeburg. Nach diesem Berichte soll nun Unterzeichner, welcher der Versammlung als Gast bewohnte, zugegeben haben, „daß die Bühne der Maschinenseger in den letzten Jahren prozentual nicht standgehalten mit denen der Handseger; bei Einführung der Segmaschinen wurden im Verhältnis zu jetzt höhere Löhne gezahlt“. Dieser Satz ist heraus-

gegriffen aus dem Zusammenhange meiner Ausführungen und nicht richtig wiedergegeben, was leicht zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte. Ich habe mich dahingehend geäußert, daß kurz nach Einführung der Segmaschinen einestheils den Maschinensevern hohe Löhne, andernteils aber auch recht niedrige Löhne gezahlt wurden; eine geregelte Entlohnung griff erst Platz durch die Tarifizierung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Maschinensever, wodurch allerdings der Lohn der letzteren teilweise beim Minimum Halt machte. Meine weiterhin in dem Berichte registrierten Auslassungen zu der in Magdeburg bevorstehenden Erhöhung des Sozialzuschlags um 2%, Proz. beweisen ja entgegen dem oben angeführten Satze zur Genüge, daß an tariflichen Lohnaufbesserungen Maschinensever und Handsever in gleicher Weise partizipieren. Die Löhne der Maschinensever in Vergleich zu jenen der Handsever, blieb nicht mir, sondern vielmehr einem Spartenkollegen vorbehalten.

D. Pietschner, Vorsitzender des Ortsvereins Magdeburg.
h. Regensburg. Der Bezirksmaschinenmeister-Klub Regensburg eröffnete am 29. November sein diesjähriges Winterprogramm mit einem Vortrage über: „Die Farbe, ihre Herstellung und Verwendung speziell für den Buchdruck“. Als Referent war der Vertreter der bekannten Farbenfabrik M. Faber in München, Herr Viktor Ernst, gewonnen. Zu dem Vortrage hatte sich der größte Teil der hiesigen Mitglieder, desgleichen auch eine Anzahl Severtkollegen eingefunden. Der Referent machte zuerst eine kleine Exkursion in die Theorie der bunten Farben, indem er die beiden Begriffe Licht und Farbe in streng wissenschaftlicher und doch leichtverständlicher Weise erläuterte. Zu dem eigentlichen Thema, der Herstellung und Verwendung der Farbkörper, übergehend, führte der Vortragende, unterstützt durch reiches Demonstrationmaterial, welches von der eingangs erwähnten Farbenfabrik in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt war, den Anwesenden nahezu sämtliche existierenden Farben, welche für Druckzwecke Verwendung finden, vor Augen, erklärte in eingehender Weise die Gewinnung und Herstellung der Erd- und Mineralfarben, der Farben pflanzlichen und tierischen Ursprungs sowie der Ruße, Holzlake und Leerfarbstoffe. Besonders interessant war die Schilderung des Fabrikationsprozesses, verbunden mit einer Demonstration der auf chemischem Wege herbeigeführten Verbindung der Farbkörper mit den verschiedenen Hydraten. Zum Schluß behandelte der Referent noch die Herstellungsweise und praktische Verwendung der seit einigen Jahren auf dem Markt erschienenen Duplex- oder Doppeltonfarben, desgleichen der verschiedenen im Gebrauche befindlichen Farbzusatzmittel. Den höchst interessanten Ausführungen wurde seitens der Versammlung reichlicher Beifall gezollt, und sei auch an dieser Stelle nochmals dem Herrn Referenten sowie auch der Firma M. Faber in München für die freundliche Unterstützung dankend erwähnt. — Anschließend an den Vortrag fand eine gemütliche Unterhaltung statt, wobei der rührige Sängerkreis Typographia einige flottgelungene Lieder zum besten gab.

Solingen-Wald. (Maschinenmeister.) Am 15. November fand im Vereinslokale zu Solingen unsere Mitgliederversammlung statt, die aber leider wieder sehr schwach besucht war. Nach Begrüßung unseres Kollegen Kiefer (Pöhl), welcher uns schon vor längerer Zeit mit einem Vortrage beehren wollte, erstattete der Kassierer die Rechnungsablage vom Stiftungsfeste. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß von unseren Mitgliedern das Fest besser hätte besucht werden müssen. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Kiefer das Wort zu seinem Vortrage: „Die Sonderbestimmungen im neuen Tarif und die Aufgaben der Sparten“. In längerer, ausführlicher und recht verständlicher Weise entledigte sich der Vortragende seiner Aufgabe und kam dann noch auf die Abhaltung einer Vorstandskonferenz zurück. Kollege Kiefer hat, unsern Antrag fallen zu lassen, da uns das viel Geld kosten würde; wir könnten das ja auf dem nächsten Maschinenmeisterstage nachholen. Zum Schluß seines Vortrages erwähnte noch Referent, daß wir unsere Größe nur unter dem Schutze des Verbandes erreicht hätten. Der Vorsitzende dankte dann im Namen des Maschinenmeistervereins für den sehr lehrreichen Vortrag. Über den Antrag des Kollegen Frömbsdorf, den Beschluß auf Abhaltung einer Vorstandskonferenz zurückzustellen und zu warten, bis der nächste rheinisch-westfälische Maschinenmeisterstag abgehalten wird, entspann sich noch eine sehr lebhafteste Debatte.

Sonneberg i. Th. Die am 28. November im „Linderhof“ abgehaltene Monatsversammlung war sehr zahlreich besucht. Die Tagesordnung war auch eine durchaus wichtige. Es wurde beschlossen, zwei Wochen nach Neujahr ein Winterweihnachten abzuhalten, zu dem besonders die Köbinger Kollegen eingeladen werden. Den Kartellbericht gab Kollege Barth, ergänzt wurde er vom Vorsitzenden Heym. Hervorzuheben ist hierbei, daß das Herbstergebnis endgültig geregelt ist; die Herzberge befindet sich nun bei Schmidt (Rohdenfeld), Köpplersdorfer Straße. Der „Korr.“ wird dorther selbst ausgelegt. Sodann nahm die Versammlung auch Stellung zur Angelegenheit Reghäuser kontra Fischer. Beantragt wurde einstimmig die Streichung der Firma W. L. S. (Sonneberg) aus dem Tarifverzeichnis. Kollege Latt referierte dann über die Inzeratensteuer. Beschlossen wurde, mit den hiesigen Prinzipalen in Verbindung zu treten, um Abwehrmaßnahmen zu treffen; so soll eine gemeinsame Versammlung der Prinzipale und Gehilfen stattfinden. Der Vertreter des Wahlkreises, der freisinnige Abgeordnete Ender, soll angegangen werden, um gegen

die Steuer zu stimmen; auch soll an die Sonneberger Handelskammer herangetreten werden, damit sie sich ebenfalls gegen die Steuer erklärt. Kollege Heym berichtete dann über den „Erfolg“ unserer Petition an den Meininger Landtag um Nichtbestimmung der Verbandsbeiträge. Der sozialdemokratischen Fraktion muß man für ihr maderes Eintreten für die Interessen der Buchdrucker nur dankbar sein. Der Erfolg ist leider noch nicht vollständig; die Verbandsbeiträge dürfen vom steuerpflichtigen Einkommen nicht abgezogen werden, aber bei Konditionslosigkeit, Krankheit u. dgl. sind die Unterstüzungen des Verbandes in Bezug zu bringen bzw. die Kollegen sind während dieser Zeit steuerfrei. Dies sei wenigstens ein kleiner Erfolg. Das nächste Jahr soll die Petition erneuert werden. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

R. Stettin. Am 26. November tagte in unserm Vereinslokale eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung. Unter „Vereinsmitteilungen“ beschäftigte sich die Versammlung nochmals eingehend mit dem Artikel „Ein Schulbeispiel“ in Nr. 110 des „Korr.“. Hauptächlich war es jetzt die Haltung der Redaktion in dieser Angelegenheit, welche die schärfste Kritik herausforderte. Allseitig wurde ausgeführt, daß es in der Gewerkschaftsbewegung wohl einzig dastehende, daß einer größeren Mitgliederschaft in ihrem eignen Gewerkschaftsorgane von allen Seiten die schwersten Vorwürfe gemacht werden dürften, ohne daß es ihr trotz eifrigem Bemühen gestattet wäre, sich dagegen zu verteidigen. Ohne große Bedenken hätte man die Stettiner Kollegenschaft als Lügner hingestellt; unser Wahrheitsbeweis würde aber einfach von dem Blatte, daß doch auch wir bezahlten, totgeschwiegen. Wenn, wie es der Ansicht habe, die „Korr.“-Redaktion einsehe, daß sie mit ihren Vorwürfen in dem Artikel viel zu weit gegangen sei, dann sollte sie aber auch wenigstens so viel Gerechtigkeitgefühl besitzen und unsre Rechtfertigung der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Unter allen Umständen müßten wir eine Klarstellung der ganzen Angelegenheit verlangen, wenn anders bei den Stettiner Kollegen nicht der Gedanke laut werden sollte, daß auch im Verbands Recht nicht immer Recht ist. Das von einigen Rednern gestellte Verlangen, die ganze Angelegenheit sofort der Arbeiterpresse zu übergeben, wurde vorläufig zurückgestellt. Sodann wurde folgende Resolution einstimmig bei zwei Stimmenenthaltungen angenommen: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Stettiner Buchdrucker protestiert energig gegen die Behandlung, die die Redaktion des „Korr.“ unsern letzten Versammlungsberichte hat zuteil werden lassen, da darin wesentliche Punkte enthalten waren, die für die öffentliche Rechtfertigung der Stettiner Mitgliederschaft gegenüber den Vorwürfen des Artikels „Ein Schulbeispiel“ von großem Interesse waren.“ Hierauf berichtete Kollege Kirchner in eingehender Weise über die stattgehabene Tarifauschüßung. Im Hand des im „Korr.“ veröffentlichten Sitzungprotokolls erläuterte derselbe die einzelnen Beschlüsse, meist die Gründe angehend, welche für die verschiedenen Angelegenheiten maßgebend waren. Der Bericht wurde seitens der Kollegen mit Interesse entgegengenommen. In der darauffolgenden kurzen Debatte wurden vom Kollegen Kirchner noch einige Anfragen beantwortet. Hieran anschließend gab derselbe den Bericht über die Gavoursteherkonferenz. Neben einer Reihe interner Fragen hätten auf derselben die Gavoursteherkonferenz und die Neueinteilung der Gawe eine große Rolle gespielt, wie aus dem Protokoll ersichtlich. In der Obergauteilung solle nun der Hauptvorstand die Entscheidung treffen; aber bei den vielen Wünschen und Protesten der einzelnen Mitgliederschaften werde die Teilung immer schwieriger, und es sei fraglich, ob dieselbe so bald vor sich gehen werde. Bei den Gavourstehern sei Hoffnung vorhanden, daß bald alle Gawe einen gleichmäßigen Zustand zählten, sodann wäre die Gegenfeitigkeit überall möglich. Hieran anschließend berichtete Kollege Müller kurz über die Bezirksvorsteherkonferenz. Leider sei der Teil der Kollegen, welcher sein Heil nur in der Teilung des Gaves erblickt, mit einer so vorgefaßten Meinung hingekommen, daß alle sachlichen Einwände nichts gesucht hätten. Ob die erträumten Vorteile wirklich einträfen, sei mindestens fraglich, es wäre jedenfalls besser gewesen, auch der Obergau hätte mit einer Teilung so lange gewartet, bis eine allgemeine Neueinteilung der Gawe, die doch über kurz oder lang kommen müsse, vor sich gegangen wäre. Nach einer kurzen Debatte über diesen Punkt wurde der Wunsch laut, der Vorstand möge sich in dieser Angelegenheit nochmals aufläuternd an den Hauptvorstand wenden. Hierauf wurde noch nach kurzer Begründung folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Stettiner Buchdruckergehilfen protestieren ganz entschieden gegen die geplante Inzeraten- und Reklamesteuer. Dieselbe würde dem ganzen Gewerbe ungeheuren Schaden zufügen und die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen noch bedeutend vermehren. Sie erwartet vom Reichstage, daß er diese Steuervorlage nicht Gesetz werden läßt.“ Am 26. November hatten ungefähr 180 Kollegen Gelegenheit, die hiesige Maschinenbauerschule in vollem Betriebe zu besichtigen. Unter fachkundiger Leitung wurde den Kollegen das gesamte Lehr- und Anschauungsmaterial vorgeführt, und war die fast zwei Stunden währende Besichtigung nach jeder Seite hin lehrreich und interessant. (In fraglicher Angelegenheit, die uns so viele Vorwürfe der Stettiner Kollegen eingetragen, sind alle Schritte der Redaktion im Einverständnis mit dem Verbandsvorstande geschehen. Da bereits das Stettiner sozialdemokratische Organ sich mit der Sache beschäftigt, verzichten wir an dieser Stelle auf eine weitere Polemik. Redaktion.)
h. Stettin. In der Nr. 110 des „Korr.“ behauptete Herr Bauchwitz, daß ein Maschinenmeister den Anlege-

apparat seiner Maschine verschraubt habe. Der Maschinenmeisterverein protestierte in seiner letzten Versammlung gegen diese Behauptung, dabei hervorhebend, daß es den betreffenden Kollegen infolge der Pflichtigkeit der Arbeitsniederlegung schon gar nicht möglich gewesen ist, eine derartige unverlässliche Handlung zu begehen.

z. Stuttgart. Die am 28. November im Festsaale des „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Mitgliederversammlung hatte sich leider nicht des Besuchs zu erfreuen, welcher bei der Wichtigkeit der Tagesordnung hätte erwartet werden dürfen. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende den Vorschlag, den über Weihnachten arbeitslosen Kollegen wie in den früheren Jahren aus der Gauraffe ein Weihnachtsgeschenk zu verabfolgen, und zwar in drei Abstufungen: die Verheirateten sollen mit einem höhern Betrage bedacht werden als die Ledigen, außerdem soll jedes Kind etwas erhalten. Dieser Vorschlag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. Des weitern richtete der Vorsitzende das wiederholte Ersuchen an die Vertrauensleute um baldige Einjendung der Ferienstatistiken, da dieselben im Jahresberichte Verwendung finden sollen. Hierauf gab Kollege Knie einen Bericht über die Massenverhältnisse im zweiten und dritten Quartal. Aus demselben war zu entnehmen, daß im dritten Quartale 4000 M. weniger nach Berlin an die Hauptkasse gefandt werden konnten, was mit der hohen Konditionslorenziffer in Zusammenhang gebracht werden muß. Den Stand der Gauraffe bezeichnete Redner als einen guten, ebenso denjenigen der Mitgliedchaftskasse. Die Abrechnung vom Jahresanfang ergab eine Einnahme von 85,10 M., welcher Summe eine Ausgabe von 1305,99 M. gegenübersteht. Über den zweiten Punkt: „Bericht von der Tarifauschüßung und Gavoursteherkonferenz“, referierten die Kollegen Knie und Kayser in eingehender Weise. (Da die Beschlüsse der beiden Körperschaften bereits im „Korr.“ ihre Veröffentlichung gefunden haben, erübrigt es sich wohl, näher hierauf einzugehen. Der Schriftführer.) In je einkündigen Ausführungen besprachen die Referenten die wichtigsten Angelegenheiten der beiden Tagesordnungen. Die Debatte sowohl über die Tarifauschüßung als auch über die Gavoursteherkonferenz war eine äußerst lebhafteste, und beteiligte sich eine größere Anzahl Kollegen an derselben. Im allgemeinen waren die Redner mit den Beschlüssen einverstanden. Kollege Knie unterzog einzelne falsche Auffassungen einiger Redner einer Richtigmäßigkeit. Da die Zeit nunmehr sehr weit vorgeschritten war, mußte der nächste Punkt: „Bericht von der Gewerkschaftskommission“, bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Rundschau.

Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ hat unsere Kollegen Reghäuser vor den Kabi zitiert, damit im höchstnotwendigen Verfahren ersucht werden kann, welche Strafe dem gebührt, der die konsequente, tarifgemessene, schmerzliche, für den Organisationsertrag schwärmerische, den Gutenberg und den Arbeitgeberverband in die Volksschlucht werfende, ehr- und tugendame, „Deutsche Buchdruckerzeitung“ auf ihre postleichen Kapriolen festnagelt. Zwar hat unser Kollege Reghäuser — ohne daß wir ihn verleinern wollen — sein Verdienst daran, daß jetzt die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ resp. ihr Verleger Herr Max Carow glaubt, aus dem Inhalte des „Korr.“ eine Klageschrift vor dem Amtsgericht in Berlin mit sehr geringer Aussicht auf Erfolg andringen zu können, aber wie Gottes Wege sind auch die der Justiz oft wunderbar. Diejenigen aber, die da von dem wirklichen Verhältnissen im „Korr.“ keinen oder nur einen blauen Dämmerchein besitzen, können aus dieser Klageaufstellung ersehen, daß der „Korr.“ nicht nur Kritik an sozialdemokratischen Betrieben, sondern auch an jenen Kreisen übt, die man gemeinlich als die „kapitalistischen“ bezeichnet. Was nicht nur durch diese Klage, sondern noch durch weit wichtigeres Material belegt werden kann. Der „Deutsche Buchdruckerzeitung“ aber wünschen wir viel Glück zu dem erhabenen Moment, einmal vor Gericht attestiert zu erhalten, daß das „Schaufelied“ eine sehr angenehme Geschichte in frühlicher Gesellschaft ist, in der Praxis unsers gewerblichen Lebens aber das Schaufelien zur Kritik oder zum Lachen reizt.

Tüchtige Schriftsever, die nicht übertriebene Ansprüche machen, können sofort gute und dauernde Stellung erhalten in der Tagelatz-Buchdruckerei zu Wurzen, lautet ein Inserat im „Chemnitzer Tageblatt“. Was mögen für das Tagelblatt in Wurzen wohl übertriebene Ansprüche sein? Etwa, wenn die Gehilfen es mit dem Tarife genau nehmen??

Gegen die Inzeratensteuer hat sich auch der Verein Dresdner Presse ausgesprochen.

Der Inzeratensteuer nicht abgeneigt ist die Ködner Handelskammer. Sie will aber die Bestimmungen über Kontrolle und Erhebungen durch weniger lästige ersetzt wissen. Bedingungslos Befürworter dürften sich zu diesem Steuermonstrum wohl überhaupt nicht finden.

Statt drei Zeitungen nur noch eine gibt es ab 1. Dezember in Garmianau. Von den vor Jahresfrist noch existierenden drei Blättern wurde der „Garmianauer Anzeiger“ mit dem „Anzeiger für den Regelschritt“ (Kreisblatt) verschmolzen. Über das Ende des dritten Blattes ist uns nichts bekannt.

Eine Aktiengesellschaft von Buchbindern haben die Stockholmer Buchbinder während ihrer langen Aus-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 8. Dezember 1908.

Anzeigenkosten: die Nonpareilleseite 25 Pf.;
Veranstaltungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 142.

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Spernung erteilt. Von den ausgesperrt Gewesenen sind 120 Mann nicht wieder eingestellt worden, ein Teil von ihnen hat nun in dem Arbeiterbetriebe Beschäftigung gefunden.

Den Geheimerlaß gegen das Koalitionsrecht der technischen und kaufmännischen Angestellten zurückgenommen hat nunmehr der Verband bayrischer Metallindustrieller. Der Zweck der Übung, die Unterdrückung der Bewegung der Privatangestellten, wurde nicht nur nicht erreicht, sondern das von der Öffentlichkeit scharf verurteilte Vorgehen der bayrischen Fabrikautokraten, an deren Spitze die Maschinenfabrik Augsburg steht, hat den in Betracht kommenden Angestelltenorganisationen sogar recht genützt. Die Koalitionsrechtsfeinde sind nun die blamierten Europäer.

Die „große Gewerbeordnungs-Novelle“, soweit sie in ihrer ursprünglichen Bestimmung einen besseren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche bringen sollte, ist zu Ende vergangener Woche nach dreitägiger Beratung in zweiter Lesung vom Reichstag erledigt worden. Wie ein Alp lastete das negative Ergebnis der großen Redebacht über Ministerverantwortlichkeit auf den Volksvertretern, und diese Tatsache mag nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß auch die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben unter einem Gefühl parlamentarischer Ohnmächtigkeit und Verdrossenheit zu leiden hatte. Denn was durch die zweite Lesung der genannten Gesetzesnovelle an Schutz der Frauen- und Kinderarbeit herauskam, ist so verschwindend wenig, daß von einem wirklichen Fortschritt in keiner Weise die Rede sein kann. Denn die einzige Verbesserung, welche bei der Kommissionsberatung am Regierungsentwurf vorgenommen wurde, wonach die Arbeitszeit der verheirateten Arbeiterinnen an Sonnabenden auf sechs Stunden verkürzt werden sollte, wurde wieder aus der Vorlage entfernt, und bleibt es demnach nach dem Entwurf bei acht Stunden. Annahme fand jedoch das Verbot der Nachtarbeit für die Arbeiterinnen. Diese Bestimmung auch auf die Jugendlichen auszuweihen, wurde dagegen abgelehnt. Ferner wurde der zehnstündige Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen festgelegt. Ebenfalls im § 137, welcher vorstehende Beschlüsse umfaßt, fand die mäßige Forderung einer einstündigen Mittagspause und eifkündige Ruhezeit Unterkunft; außerdem enthält er das Verbot der Beschäftigung von Frauen in Kokerien und beim Transporte von Materialien bei Bauten. Schließlich bestimmt er, daß Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden dürfen, und zwar frühestens sechs Wochen nach der Niederkunft. Von einiger Wichtigkeit ist noch der § 137 a, welcher die Heimarbeit einschränken berufen sein könnte. Derselbe hat in der Hauptsache folgenden Wortlaut: „Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf für die Tage, an welchen sie in dem Betriebe die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, Arbeit zur Überwachung außerhalb des Betriebes vom Arbeitgeber überhaupt nicht übertragen oder für die Rechnung Dritter überwiesen werden. Für die Tage, an welchen die Arbeiterinnen oder jugendlichen Arbeiter in dem Betriebe kürzere Zeit beschäftigt waren, ist diese Übertragung oder Überweisung nur in dem Umfang zulässig, in welchem Durchschnittsarbeiter ihrer Art die Arbeit voraussichtlich in dem Betriebe während des Restes der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit würden herstellen können und für Sonn- und Festtage überhaupt nicht.“ Bezeichnend ist es, daß diese Fassung den Widerspruch der Nationalliberalen herausforderte, und von denselben für die dritte Lesung eine andere, die Heimarbeit weniger einengende Form angeknüpft wurde. Diese arbeiterfeindliche Tendenz kam auch bei § 138 a zur Geltung, wo es sich um Begrenzung der Ausnahmebestimmungen handelte, fand jedoch glücklicherweise keine Sympathie bei der Mehrheit des Hauses. Von bemerkenswerter Bedeutung ist jedoch aber die gesetzliche Festlegung des Begriffs „Fabrik“, was sich nach langem Hin und Her über die Festlegung der Überschrift für den Artikel I der Novelle ergab und in den Worten: „Besondere Bestimmungen für Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden“ zum Ausdruck kam. Benützigungen der sozialdemokratischen Partei statt „zehn“ die Zahl „fünf“ durchzusetzen, um auch die kleineren Betriebe unter diese Schutzbestimmungen zu stellen, scheiterten nicht zuletzt an der Gegnerschaft der Zentrumspartei. Zum Schluß wurde noch § 135, welcher die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren ganz verbietet, während Kinder unter 14 Jahren, die nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, nicht länger als sechs Stunden, und junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, angenommen. Erreichen die „Erundungsstätten“ auch kaum die unterste Stufe einer fortschrittlich zu nennenden Sozialpolitik, so geht dieselbe gewissen Unternehmern doch schon bedeutend über die Hutsgrenze, so daß dieselben sich genötigt sahen,

dagegen ganz energisch Sturm zu laufen. Sie bebten sich dabei eines alten Tricks, den wir aber hier doch festhalten wollen als Beweis dafür, wie wenig Verständnis leider selbst noch in Arbeiterkreisen über Mittel und Wege zur Lösung ihrer Lage vorhanden ist. So haben sich Arbeiterinnen selbst dazu hergegeben, eine Petition gegen diese Gewerbeordnungs-Novelle zu unterschreiben und in Umlauf zu setzen. In dieser Eingabe finden sich u. a. folgende Sätze: „Wir können in einer derartigen schematischen Regelung unserer Tätigkeit nicht eine arbeiterfreundliche Handlung, vielmehr nur einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in unsere Berufsfreiheit erblicken. Es muß uns gestattet bleiben, über die Arbeit, welche wir außerhalb unserer Berufsstätte leisten wollen, sowohl nach Art als nach Umfang nach unserm Ermessen frei zu bestimmen, und wir empfinden gegenteilige Anordnungen als einen Eingriff in unser häusliches Recht.“ Dazu wurden Dresdner Zigarettenarbeiterinnen veranlaßt — und sie taten es! Traurig, aber wahr.

Die Unternehmerarbeitsnachweise als Zuchtrute kennzeichnet ein Geheimzirkular der Mannheimer Großindustriellen mit folgendem niedlichen Inhalte: „Wir haben in Erfahrung gebracht, daß jedesmal beim Ausbruch eines Streiks die Frauen und Töchter der Streikenden, welche bisher die Hausarbeit besorgten, aber sonst ohne Beschäftigung waren, als Fabrikarbeiterinnen Beschäftigung suchen, um so auf diese Weise ihre Männer beim Streik zu unterstützen. Es dürfte sich daher empfehlen, die Arbeiterinnen bei der Einstellung nach dem Vor- und Zunamen des Vaters zu fragen, und diese in die letzte Rubrik unser Formular B, welches wir in der Anlage beifügen, einzutragen. Die Vereinsmitglieder werden dringend gebeten, die mit der Einstellung von Arbeiterinnen beauftragten Beamten darauf hinzuweisen, daß jede Einstellung einer Arbeiterin sofort dem Arbeitsnachweis mitzuteilen ist.“ Das über die Schädlichkeit der Unternehmerarbeitsnachweise in dieser Nummer an anderer Stelle Gesagte erfährt dadurch volllauf Bestätigung und die „patriotische Pflicht“ jener Scharfmacherkreise eine bengalische Beleuchtung.

Arbeitslosenzählungen fanden weiter statt in Lübeck, wo 835 zum Teil schon seit langer Zeit beschäftigungslos organisierte Arbeiter ermittelt wurden. Die Nichtorganisierten eingerechnet, dürften in Lübeck etwa 1600 Arbeitslose vorhanden sein, für die Beschäftigung mit Notstandsarbeiten seitens der Stadt gefordert werden soll. — Bei der durch das Gewerkschaftskartell in Brandenburg vorgenommenen Zählung der Arbeitslosen haben sich in vier Bezirken der Stadt insgesamt 492 Arbeitslose gemeldet, und zwar 484 männliche und 8 weibliche. 270 haben eine Familie zu ernähren. Infolge der langen Dauer der wirtschaftlichen Krise sind viele der Arbeitslosen schon seit Monaten ohne Beschäftigung, andre haben infolge von Betriebs-einschränkungen seit Juni nur noch drei Tage in der Woche Beschäftigung gehabt. Das Gewerkschaftskartell ersucht nun die Stadtverwaltung um schnelle Hilfsmittel. Ebenso haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Urträge zur Linderung der Arbeitslosennot gestellt, über die demnächst entschieden werden soll. — In Mühlhausen i. Th. hat mit finanzieller Unterstützung der Stadt das Gewerkschaftskartell ebenfalls eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen. 245 Personen wurden als beschäftigungslos ermittelt.

Die Arbeitslosigkeit in Leipzig veranschaulicht zu einem kleinen Teile der bei dem allgemeinen paritätischen Arbeitsnachweis sich gestaltende Verkehr zwischen Angebot und Nachfrage. Im Monat November wurden bei der männlichen Abteilung 175 Arbeitslose aus dem Vormonat übernommen und 1289 neu eingeschrieben. Diesen 1464 Arbeitslosen standen nur 626 verlangte Personen gegenüber. Bei der weiblichen Abteilung wurden 110 Arbeitslose aus dem Vormonat übernommen und 1274 neu eingeschrieben, so daß also 1384 Personen Stellen suchten. Verlangt wurden 1020 Personen.

Zunahme der Arbeitslosigkeit läßt der Novemberbericht des städtischen Arbeitsnachweises in Magdeburg erkennen. Auf 100 offene Stellen kamen nämlich 271,6 Bewerber, im November 1907 dagegen 192,3. Bei den männlichen Personen im speziellen war das Verhältnis noch bedeutend ungünstiger: während im Oktober d. J. immerhin schon 276,4 Angebote auf je 100 offene Stellen kamen, erhöhte sich die Zahl der Bewerber im November auf 399,3!

Wieder ein ungünstiges Urteil gegen die Gewerkschaften ist in England gefällt worden. Das Appellationsgericht entschied nämlich, daß die Gewerkschaften nicht das Recht haben, für die Arbeiterpartei Beiträge zu erheben. Das Urteil ist gegen den Eisenbahnerverband gerichtet, bedroht aber die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterpartei überhaupt, da deren Abgeordnete aus dem Fonds der Traditionen 200 Pfund beziehen. Die verurteilte Gewerkschaft kann an das Ober-

haus appellieren, allerdings mit sehr geringer Aussicht auf Erfolg. Die Arbeiterpartei in England bildet die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften, die meisten Gewerkschaften erheben dafür einen bestimmten Beitrag. Der Sekretär eines Ortsvereins erhob nun gegen den vor fünf Jahren gefaßten Beschluß des Eisenbahnerverbandes auf Erhebung eines Beitrags für die Arbeiterpartei Klage. In der ersten Instanz wurde er abgewiesen, hatte aber beim Appellationshofe mit seiner Berufung mehr Glück. Die Gewerkschaft, heißt es in dem Entschiede, könne die Mitglieder nicht zwingen, zu Zwecken beizutreten, welche das Gesetz nicht vorseht. In den gewerkschaftlichen Verbänden seien Mitglieder aller politischen Parteien; die Mehrheit könne die Minderheit nicht zwingen, zu Zwecken beizutragen, die mit der Gewerkschaft nicht zu tun haben. Wer aber den Gewerkschaften seine Beiträge nicht zahlt, könne ausgeschlossen werden, verliere damit seine Rechte und in vielen Fällen könne er auch seine Beschäftigung verlieren, da bekanntlich viele Gewerkschaften ihre Mitglieder veranlassen, mit Nichtorganisierten nicht zu arbeiten. Die betreffenden Beschlüsse des Verbandes seien also hinfällig, für die Mitglieder nicht bindend; eine weitere Erhebung solcher Steuern würde vom Gericht unterjagt werden. Die englischen Gewerkschaften werden auch diesen Schlag überwinden. Sie wollen diesen Beiträgen einen freiwilligen Charakter geben und sind der festen Ansicht, daß nur verschwindend wenig Mitglieder sich davon ausschließen werden.

Das Zehnpfennigporto mit Amerika soll am 1. Januar n. J. zur Einführung gelangen. Auch Postpakete von nicht mehr als 5 Kilogramm Gewicht werden nunmehr zwischen beiden Ländern befördert werden. Endlich einmal ein Fortschritt, zu dem freilich von Deutschland die Initiative nicht ausging.

Die Tarifverhandlungen der Gipfer in Berlin sind nun endgültig geendet vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts. Die Unternehmer wollten den Stundenlohn um 2 1/2 Pf. herabsetzen. Es besteht nun eine tariflose Zeit.

Eingänge.

Kettenklirren, Gedichte und Erzählungen aus dem Gefängnis, von Leon Hölty (Fritz Schneeyner). In unserer schnelllebigen Zeit haftet die Erinnerung an Ereignisse und die dabei im Vordergrund befindlichen Personen nicht mehr so lange als in der sogenannten guten alten Zeit, wo alles hübsch bedächtig seinen Gang nahm im politischen, öffentlichen und privaten Leben. Deshalb ist die Bemerkung notwendig, daß Fritz Schneeyner, der Autor dieses Buchs, das Opfer der seinerzeitigen Reichsratprozeße in Oldenburg ist. In den 1 1/2 Jahren seines Gefängnislebens sind diese Gedichte und Erzählungen, von denen letztere reichlich zwei Drittel von 160 Seiten Oktav einnehmen, entstanden. Der Verlag der „Tribüne“, Berlin SW, Zimmerstraße 17, liefert den Lesern des „Korr.“ die teils mit Spott getränkten, teils von tiefem Empfinden zeugenden Kinder der Höllyischen Muse zum Vorzugspreise von 1 Mk., während der Ladenpreis 2 Mk. ist.

Deutscher Buch- und Steindruck. Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künfte mit der Beilage: „Graphische Feiertunden“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dennewitzstraße 19. Heft 2 des XV. Bandes. Vierteljährlich durch die Post 2 Mk., Einzelheft 75 Pf.

Arbeitsnotizkalender für das Jahr 1909. Preis 60 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Der Naturarzt. Zeitschrift des Deutschen Bundes der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise. 36. Jahrgang. Nr. 9 und 10. Verlag: Berlin S 59, Kottbuser Damm 5. Jährlich 3 Mk.

Neue Wechselordnung nebst Scheck- und Postschekgesetz sowie mit dem Gesetz betreffs Erleichterung des Wechselprozesses. Preis 1,20 Mk. Verlag von L. Schwarz & Co. in Berlin S 14.

Die Neue Zeit, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. 27. Jahrgang, I. Band, Heft 5—9. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 8,25 Mk.

Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge, von William Sanders. Preis 30 Pf. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Briefkasten.

P. K. in Potsdam: Wir glauben, das Kapitel der Ebergautteilung könnte im „Korr.“ zum Abschluß kommen. Es ist doch genügend darüber geschrieben worden, und eine Einigung wird schließlich durch noch so viele Artikel zu erreichen sein. Nach der Bauwerkstherkonferenz glauben wir, ist diese Angelegenheit für den „Korr.“ erledigt. — G. J. in Berlin: Aber selbstverständlich. Dafür ist der

Nachweis seit 1. Oktober 1906 im „Korr.“ bis auf die heutigen Tage geführt worden. Daß der „Typograph“ davon nichts wissen will, ist klar. — F. J. in Augsburg: Unsere darüber angefertigten Erörterungen sind ebenfalls resultatlos gewesen. — M. L. in D.: Wir haben das betreffende Blatt nicht und bitten um dessen Zusendung. — F. St. in Nürnberg: 5,30 Mk. — M. Sch. in Hohenstein-E.: Die Sonnabendnummer war bei Eintreffen Ihrer Karte schon im Druck. — H. H. in Westmünde: Wollen aus Gründen, die nicht für Ihren Ort zutreffen, davon absehen. — Karl Müller in Berlin: Nach eingezogenen Erkundigungen liegt keine Veranlassung vor, von dem über Sie Gesagten etwas zurückzunehmen.

Druckfehlerberichtigung: In Nr. 140 muß es auf der 2. Seite, 7. Zeile von oben statt „Herren Geistlichen“ — Herren Christlichen heißen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11.191.

Bekanntmachung.

Als zweite Auflage seiner bekannten und geschätzten Darstellung über die Gewerkschaftsbewegung erscheint augenblicklich im Verlage von Gustav Fischer in Jena das bedeutend erweiterte Werk des Herrn Landgerichtsrats Kulemann, das nunmehr den Titel

Die Berufsvereine.

Von W. Kulemann, Landgerichtsrat a. D.

Erste Abtheilung.

Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder.

Zweite völlig neu bearbeitete Auflage der „Gewerkschaftsbewegung“ führt.

Das Werk umfaßt drei Bände und kann namentlich den Bibliotheken der Mitgliedschaften angelegentlich empfohlen werden. Der Preis broschiert beträgt 17 Mk. Exemplare, welche durch Vermittlung des Unterzeichneten bezogen werden, liefert der Verlag gebunden (einschl. Porto) zum Preise von 14,10 Mk.

Gegen Einfindung vorstehenden Betrags an den Verbandskassierer G. Gifer wird die Zustellung bewirkt werden. Der Vorzugspreis wird jedoch nur für Bestellungen, die bis zum 24. Dezember eingehen, gewährt. Berlin. Der Verbandsvorstand.

Gau Rheinland-Westfalen. Änderungen im Gau-reglement betreffend. Im Bezirke Koblenz ist der Druckort Bernatstfel, der zum Gau Mittelrhein gehört, zu streichen. Dem Bezirke Koblenz neu zugeteilt sind die Druckorte Gms, Oberlahnstein und Niederlahnstein, die bisher zum Gau Mittelrhein gehörten.

Dem Seiger Rudolf Göry (Hauptbuchnummer 35441) aus Bregell ist (auf Grund B. Ortsunterstützung § 9 der Beschlüsse) die Konditionslofenunterstützung für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu entziehen.

Der Gauvorstand.

Weser-Eibe. Der Schweizerdegen Ferd. Grahl, am 24. Oktober von Leben abgereist, wird hiermit aufgefordert seine restierenden Beiträge zu bezahlen, da sonst Ausschluss erfolgt. — Der Seiger Karl Robinson (Hauptbuchnummer 44809) und der Drucker Bernhard Beyer (Hauptbuchnummer 42926) werden aufgefordert, ihren hiesigen Verpflichtungen nachzukommen.

Adressenveränderungen.

Solingen-Wald. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Jakob Müller, Solingen, Blumenstraße 120.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Baugen der Seiger August Noack, geb. in Seibau bei Baugen 1876, ausgl. in Baugen 1896; war schon Mitglied. — In Dippoldiswalde der Schweizerdegen Th. Guldner, geb. 1859 in Dippoldiswalde, ausgl. in Dresden 1878; war schon Mitglied. — In Dresden I. der Seiger Fritz Brapp, geb. in Augustenburg 1889, ausgl. in Eisenhof 1908; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Friedrich Leiser, geb. in Erfurt 1886, ausgl. das. 1904; war schon Mitglied. — In Niederfedlig der Seiger Richard Richter, geb. in Dresden 1890, ausgl. in Niederfedlig 1908; war noch nicht Mitglied. — In Rittau der Seiger Alwin Leich, geb. in Helmsdorf 1877, ausgl. in Bischofsberda 1896; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

In Bielefeld der Seiger August Blume, geb. in Hannover 1887, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Otto Mirow, Johannesstraße 2, II.

In Krefeld die Seiger I. Aug. Büren, geb. in Krefeld 1891, ausgl. das. 1908; 2. Johann Fr., geb. in

Krefeld 1886, ausgl. das. 1904; 3. Johann Lamberg, geb. in Krefeld 1890, ausgl. das. 1908; 4. Jol. Winkens, geb. in Krefeld 1891, ausgl. das. 1908; 5. der Schweizerdegen Eduard Höps, geb. in Krefeld 1891, ausgl. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Bregell der Seiger Heinrich Kähler, geb. in Vorbe 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In Gelnern die Seiger I. Heinn. Janßen, geb. in Gelnern 1891, ausgl. das. 1908; 2. Hubert van Treek, geb. in Geldern 1885, ausgl. das. 1908; waren nicht noch Mitglieder. — In Kervlaer der Seiger Wilh. Janßen, geb. in Kervlaer 1890, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — In M. Gladbach die Seiger I. W. Bender, geb. in M. Gladbach 1889, ausgl. das. 1907; 2. Peter Wiesberts, geb. in M. Gladbach 1889, ausgl. das. 1907; 3. Franz Schip-perges, geb. in M. Gladbach 1890, ausgl. das. 1908; 4. Joseph Tillmann, geb. in M. Gladbach 1890, ausgl. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Mörns der Maschinenseiger Heinn. Weigand, geb. in Fortbach i. S. 1885, ausgl. in Zweibrücken (Pfalz) 1901; war schon Mitglied. — Jakob Erkelens in Krefeld Dreikönigerstraße 29.

In Schneidemühl die Seiger I. Richard Gasse, geb. in Stüllesdorf 1888, ausgl. in Schneidemühl 1907; war schon Mitglied; 2. Julius Knitter, geb. in Müll-hausen i. G. 1889, ausgl. in Schneidemühl 1907; war noch nicht Mitglied. — Joh. Schneider in Bromberg, Kronerstraße 6c, I.

Arbeitslofenunterstützung.

Saarbrücken. Dem sich wahrscheinlich auf der Reise befindlichen Seiger Emil Fackelmann, geboren am 19. Juli 1884 in Mannheim, ist die Hauptbuchnummer 45553 zurückzutragen.

Verammlungskalender.

Altenburg. Verammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivoli“.

Burg-Wilhelmsburg. Verammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Lützenhop, Bergstr. 1.

Heide i. S. Generalsversammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zur Krone“ (Joh. Rehn), Süderstraße.

Mittweide. Verammlung Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Sopfenblüte“, Freiburger Straße.

Neuwitz. Verammlung Samstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale L. Nies, Heddesdorfer Straße.

Telephonstenograph

welcher auch im **Korrekturlesen** erfahren ist, gesucht. Werte Offerten mit näherem Umfang und Gehaltsansprüchen unter Nr. 310 durch die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

I. Akzidenzseker

mit technischer Durchbildung und gutem, modernen Geschmade gesucht. Gefälliger An-gaben sind die nötigen Unterlagen beizufügen zum Beweise, daß die Herren in größeren Betrieben schon Wertepulantes geschaffen haben. Gehalt und Eintrittszeit sind anzugeben. Werte Offerten unter ABO Nr. 285 an die Geschäfts-stelle d. Bl. erbeten.

Süchtiger, unskätiger

Politikmetteur

für eine große, zweimal täglich erscheinende Zeitung gesucht. Werte Offerten mit genauer Angaben und Gehaltsansprüchen unter Nr. 317 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Linothypeseker

zu möglichst baldigem Eintritt in angenehme und dauernde Stellung gesucht. Nur wirklich leistungsfähige Besuchen mit längerer Praxis wollen sich melden. Otto Schiele, Buchdrucker und Verlag, Halle a. S. [319]

Schweizerdegen

nicht zu jung, selbständ. Tiegeldrucker, tüchtiger Reklameseker, zu tarifm. Bedingungen, event. darüber, in dauernde Stellung nach München gesucht. Werte Offerten mit Angabe des Alters u. der Lohnansprüche sowie Beifügung der Zeugnisabschriften befördert die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 323.

Junger, solider, fleißiger

Maschinenmeister

im Akzidenz-, Wert-, Matten- u. Illustrations-druck erfahren, sucht dauernde Stelle. Eintritt sofort oder später. Werte Offerten erbeten an Joseph Staudy [315] Augsburg, Lange Gasse F 239, III.

Stelle befehlt! Bewerbern Dank!

Buchdrucker Albert Heine, Rottbus.

Fachgeschäft F.d. graph. Gewerbe
H. MATHAEUS
Stuttgart-Gablenberg
Empfehlen Collegen
sämtl. Fachartikel
und Schmuckesachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko

Korrespondent

für Deutschlands Buchdr. u. Schriftgießer.

Herausgeg. v. d. Bergisch-R. Komm. d. Vereins d. Westl. Buchdr. u. Schriftg. 4. Abt. Stützungs-stelle dieses Vereins. Begehrt neben den letzten „großen Ereignissen“ auch weitere aktuell. Buchdruckerfragen vom Standpunkte „metropolitisch“ Sachlichkeit. Einzelnummer 13 Pf. 5 Exempl. 50 Pf., 10 Exempl. 90 Pf., einzl. Porto. Bei Postanweisungen 5 Pf. Weisgeld extra. Zu beziehen durch [312] Herm. Krause, Leipzig, Bergstraße 121.

Der graphische

Arbeitsmarkt

wird bereits fünf Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags nachm. 3 Uhr an alle Postämter des deutschen Reichs versandt, von denen

Arbeitsuchende

diese Sonderausgabe zum Preise von 9 Pf. pro Monat beziehen können. [21] „Buchdrucker-Woche“ Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Bevor Sie ein Zeilenmaß

kaufen, verlangen Sie unter allen Umständen meinen Prospekt. Meine Maße sind in mehr als 20.000 Exemplaren in Deutschland eingeführt, sie sind die zweckmäßigsten u. billigsten.
C. Friß, Frankfurt a. M.
Böttgerstraße 25. [19]

Wollen Sie einem jüngeren Gehilfen oder Lehrling eine Weihnachtsfreude bereiten, dann bestellen Sie umgehend den Farbkasten A mit 20 Mäßen Normalfarben zum Skizzieren und Kolorieren. Preis 6 Mk. Beste Honigfarben, welche der Buchdrucker verwendet. [210] Verlag von Julius Mäser, Leipzig-Reudnitz.

Auf Ratenzahlung von monatlich 2 Mk. bei sofortiger kompletter Lieferung zu beziehen: I Brockhaus' Kleines Konversations-Lexikon

Ausgabe 1908, 2 Bände, gebunden 24 Mk

Barzini-Fürst Borghese. Peking-Paris im Automobil. Geb. 10 Mk.
Hedin. Im Herzen von Asien. 2 Bde. Geb. 20 Mk.
Dareh Aslens Wisten. 3 Bde. Geb. 20 Mk.
Lander. Auf verbotenen Wegen. Geb. 10 Mk.
Herzog der Abruzzen. Die Stella Polare im Eismeer. Geb. 10 Mk.
Nansen. In Nacht und Eis. 3 Bde. Geb. 30 Mk.

Kräger. Die Technik der bunten Akzidenz. 6 Mk. Prkt. Bd. 200 S. Text, 100 zum Teil mehrfarb. Abbild. 9 bunte Taf. Großart. Anmerkungen. Wertv. Mittel zur Weiterbildung für Setzer u. Drucker. Jedes Werk vorzügliches Weihnachtsgeschenk! Ausführliche Prospekte gratis und franko!

Max Schmitz, Leipzig-R., Weidmannstraße 2. [281]

„Odora“, hochfeine Sumatra-Havana, 8-Pfg.-Zigarre. 100 Stück 4,90 Mk. Bei Abnahme von 500 Stück 5 Prozent Rabatt. Versand gegen Nachnahme, bei 300 Stück Zusendung portofrei. H. Tiemeyer, Zigarrenversand, Bünde I. W., Herforder Straße. [302]

Buchdrucker-Stenographenverein „Gabelberger“, Berlin.
Donnerstag, den 10. Dezember:
Verammlung
im „Graph. Vereinshaus“, Alexandrinenstraße 44. [321]

Wer mir die jetzige Adresse des Maschinenmeisters Georg Vetter (geb. 19.11. 74 in Dresden, zuletzt in Berlin) angibt, erhält ein Belohnung. Ernst Maske, Grobburgstr. 109 Q, Post: Botzschappel. [322]

Am 2. Dezember verstarb unser wertvolles Mitglied, der Maschinenmeister
Hugo Mühlbauer
aus München, 31 1/2 Jahre alt, an Herz- und Lungenleiden.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
[323] Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Todesanzeige.
Am 3. Dezember morgens verschied nach langem, schwerem Leiden an Lungen-tuberkulose unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Hans Pfötschler
aus Ederhausen, im Alter von 88 Jahren. Derselbe war uns allen ein lieber, warmer Kollege, der jederzeit bereit war, für die Interessen der Allgemeinheit zu wirken, und bekleidete er die verschiedensten Ehrenämter innerhalb unsrer Mitgliedschaft.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren
[316] Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Graphische Verlagsanstalt
Paul Goldschmidt
Halle an der Saale.
Graphischer Anzeiger (22. Jahrg.) unfont.

Der Herr im Hause.
Poste aus dem Buchdruckerleben in 1 Aufsätze von Ernst Genssen. Preis 50 Pf.; Porto extra. 5 Herren, 2 Damen — mit Leichtigkeit anzuschreiben. [314] Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 45
Werke und Musikalien aller Art zu Eadenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Gehees Fremdwörterbuch. Unter Berücksichtigung der amtlichen Erlasse über Verdeutschung der Fremdwörter und der neuen einheitlichen Nachschreibung neu bearbeitet von Prof. Dr. Otto Lyon. 18. Ausgabe. 6,50 Mk.